

Aufbrüche mit Hindernissen

Die Schweiz bemüht sich 1993
um eine aktive Präsenz in der Welt

CHRISTOPH WEHRLI

«Ein schwieriges Konzept» nennt der britische Premierminister John Major die Neutralität, und der australische Aussenminister Gareth Evans denkt an deren «Neutralisierung». Der internationale Nutzen, den die Schweiz während des Kalten Kriegs für die USA hatte, sei «verschwunden», konstatiert Botschafter Edouard Brunner in seinem Schlussbericht aus Washington. Ein Beispiel: Die Kommission zur Überwachung des Waffenstillstands in Korea (und damit auch die dortige Funktion der Schweiz) wird durch den Abzug der im Norden nicht mehr erwünschten Tschechen geschwächt. Dieser Lage entsprechende Bemühungen um eine «neue Definition der Neutralität» (Bundesrat Kaspar Viliger) sind eines der zentralen Themen in den aussenpolitischen Dokumenten des Jahres 1993, die von der Forschungsstelle Dodis erneut unmittelbar nach Ablauf der 30-jährigen Sperrfrist herausgegeben worden sind.

Avancen gegenüber der Nato

Neu entscheidet sich der Bundesrat, militärische Sanktionen der Uno im Bosnien-Krieg durch Überflugrechte zu unterstützen. Ein weiterer Schritt zu einer solidarischeren Neutralität wäre die Beteiligung an Friedenseinsätzen von Blauhelmen. Doch das Volk wird die Vorlage im folgenden Jahr vorerst verwerfen.

Bei der mehrmaligen Diskussion über den Bericht zur künftigen Aussenpolitik bremsen mehrere Regierungsmitglieder die Verfasser aus dem Auswärtigen Departement, wo Flavio Cotti René Felber ablöst, beim Abrücken vom traditionellen Prinzip – aus eigener Überzeugung wie auch mit Blick auf die Öffentlichkeit. «Die Avancen gegenüber Nato und WEU [Westeuropäischer Union] sind gefährlich», sagt Arnold Koller, «denn man kann nicht nur ein wenig schwanger sein.» Da erscheint die Partnerschaft für den Frieden, eine Kooperation à la carte mit der Nato, als willkommenes Angebot. Der sicherheitspolitische Handlungsspielraum wird innenpolitisch auch durch eine weitere Initiative gegen Rüstungsexporte eingeschränkt, die zu einem indirekten Gegenvorschlag führt. Die humanitäre Politik hat indessen nicht ausgedient, wie die von den USA lange bekämpfte Genfer Konferenz zum Schutz der Kriegsoffer zeigt.

Wachstumsmarkt Asien

In wirtschaftlicher Hinsicht kann die Schweiz ohnehin auf ihrer bisherigen Linie bleiben. Der Abschluss der Uruguay-Runde für eine geregelte Liberalisierung des Welthandels entspricht den Anliegen der Exportnation. Eine rege Reisediplomatie soll helfen, die Position schweizerischer Unternehmen in aufstrebenden Regionen zu stärken. Asien gilt als Wachstumslokomotive. Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz und Chefdiplomaten besuchen, manchmal mit grossen Delegationen aus der Wirtschaft, Länder wie Malaysia und Thailand, Iran und Pakistan, aber auch Marokko oder Weissrussland. Im letzten Fall sticht die zu optimistische Einschätzung der politischen Perspektive heute besonders hervor. Die zentralasiatischen Mitglieder der Stimmrechtsgruppe bei Weltbank und Währungsfonds, die Otto Stich besucht, werden auch längerfristige Erwartungen enttäuschen.

Präsenz zeigt die Schweiz allerdings nicht nur als Wirtschaftsmacht. Ihre Entwicklungszusammenarbeit, die in Rwanda bereits vor dem Völkermord von 1994 auf Schwierigkeiten stösst, wird von Vertretern mehrerer Partnerländer gelobt. Der an Entwicklungsmassnahmen geknüpfte Schuldenerlass sei «ein Beispiel von Imagination und Grosszügigkeit», versichern Boliviens Repräsentanten in Bern. Und der kapverdische Präsident António Monteiro gibt «dem lebhaften Wunsch Ausdruck, dass die Schweiz der EG beitrete, um dort die Erfahrungen bezüglich der Dritten Welt einzubringen».